

Ansprache

Dr. Gerd Müller

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz

**Lebensmittelsicherheit –
Anspruch, Wirklichkeit, Wahrnehmung**

26. April 2007

Hotel Palace, Berlin

BLL – Jahrestagung am 26. April 2007, Berlin

Dr. Gerd Müller

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Gliederung:	Seite
1. Einleitung	2
2. Aktuelle Fragen der Lebensmittelsicherheit	3
3. Ernährung und Bewegung	22
4. Schluss	32

1. Einleitung

Sehr geehrter Herr Dr. Spettmann!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich danke Ihnen sehr für die herzliche Einladung und die Gelegenheit, heute zu Ihnen über aktuelle Fragen der Lebensmittelsicherheit und zum Thema Ernährung und Bewegung sprechen zu dürfen.

Thema der Jahreskonferenz im letzten Jahr war das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Verbraucher.

„**Mit der Wirtschaft für die Verbraucher**“ – diese Formulierung beschreibt sehr gut, dass unsere Aufgabe darin besteht, Verbraucherinteressen mit wirtschaftlichem Handeln in Einklang zu bringen.

2. Aktuelle Fragen der Lebensmittelsicherheit

Anrede,

Maßnahmen zur Stärkung des **Verbrauchervertrauens** – sei es im grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr, bei innovativen Produkten oder der Gewährleistung verlässlicher Strukturen zum Schutz der Gesundheit - tragen wesentlich zur **Belegung der privaten Konsumnachfrage** im Binnenmarkt bei.

Umgekehrt können **Schwachstellen** im Verbraucherschutz zu Vertrauensverlusten der Verbraucher, zu Absatzschwierigkeiten für einzelne Produkte, zu einer Schwächung der Märkte oder zu Handelsbarrieren und dem Zusammenbruch ganzer Branchen führen.

Was für die Wirtschaft im Allgemeinen gilt, gilt für die **Lebensmittelbranche** im Speziellen.

Verbraucherinnen und Verbraucher reagieren **besonders sensibel**, wenn es um die gesundheitliche Unbedenklichkeit von Lebensmitteln geht.

Sie haben die Jahrestagung 2007 unter die Überschrift „Lebensmittelsicherheit – Anspruch, Wirklichkeit, Wahrnehmung“ gestellt.

Lebensmittelsicherheit ist für die Unternehmen auf der Angebotsseite und für die Verbraucherinnen und Verbraucher auf der Nachfrageseite von **essentieller Bedeutung**.

Die Politik betrachtet Lebensmittelsicherheit vor allem unter dem Aspekt des **gesundheitlichen Verbraucherschutzes**. Dahinter verbirgt sich nicht allein die Sorge um eine gesunde und verträgliche Ernährung sowie Risikovorsorge der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Ganz maßgeblich ist der Gedanke, dass die Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit eine **Grundvoraussetzung** für das **Funktionieren des Marktes** ist.

Die Lebensmittelbranche, aber auch die Politik stehen hier vor neuen **Herausforderungen**.

Das **Angebot** an Waren und Dienstleistungen unter den Bedingungen der **Liberalisierung und Globalisierung** der Märkte wird immer **komplexer**.

Der Unternehmer muss sich in dieser Welt der Vielfalt und Neuheit in einem harten **Wettbewerb** behaupten.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher suchen nach **Orientierung und Transparenz**.

Wir erleben aber auch **neue Konsumgewohnheiten**.

Es wächst das Bedürfnis nach Lebensmitteln, die einen besonderen **gesundheitlichen Mehrwert** versprechen. Wir beobachten aber auch einen wachsenden Trend zu Lebensmitteln, die unter Einhaltung **ökologischer Standards** und **ethischer Prinzipien** erzeugt oder unter den Bedingungen **fairer Handelsbeziehungen** vertrieben werden.

Eine Klammer lässt sich vor all diese unterschiedliche Erwartungen ziehen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher erwarten vor allem **sichere Lebensmittel**. Sie wollen auf die gesundheitliche Unbedenklichkeit der angebotenen Waren **vertrauen** können.

Der **Markt** reagiert äußerst sensibel auf jede Form der Verunsicherung. Von Bismarck ist der Satz überliefert:

„ Das **Vertrauen** ist eine zarte Pflanze. Ist es einmal zerstört, so kommt es sobald nicht wieder.“

Der Gammelfleischskandal, aber auch die Diskussionen um BSE und Vogelgrippe haben uns eindrucksvoll vor Augen geführt, dass das **Verbrauchervertrauen** ein hohes Gut ist.

Um so stärker müssen die Bemühungen sein, „**vom Acker bis zum Teller**“ alle Maßnahmen zu ergreifen, einwandfreie Ware zu produzieren und in den Handel zu bringen.

Qualitätssicherungssysteme für ein systematisches und lückenloses Kontrollsystem

Anrede,

Ich betone es an dieser Stelle – und Bundesminister Seehofer hat es oft genug wiederholt - Deutschland hatte noch nie - im Ganzen betrachtet - so **hochwertige und sichere Lebensmittel** wie in unserer heutigen Zeit!

Eine wichtige Rolle spielen dabei **Qualitätssicherungssysteme**, die ein systematisches, lückenlos organisiertes Kontrollsystem entlang der Lebensmittelkette garantieren.

Mit dem Inkrafttreten der **EU-Basisverordnung** zum Lebensmittelrecht ((EG) Nr. 178/2002) wurde dem Lebensmittelunternehmer die primäre Verantwortung für die Sicherheit seiner Produkte zugewiesen.

Seit dem 1. Januar 2006 ist zudem das **neue EG-Lebensmittelhygienerecht** in allen Mitgliedstaaten unmittelbar anwendbar.

Es verpflichtet die Lebensmittelunternehmer, durch **Eigenkontrollen** die Einhaltung der Hygieneanforderungen und damit die gesundheitliche Unbedenklichkeit der von Ihnen produzierten Lebensmittel sicherzustellen.

Die amtliche Lebensmittelüberwachung hat auch die Aufgabe, nach dem Prinzip „Kontrolle der Kontrolle“ die wirksame Durchführung der betrieblichen Eigenkontrollen auf allen Stufen der Lebensmittelkette zu prüfen.

Dieses neue **risikobasierte Prinzip** erfordert auch, dass die betrieblichen Eigenkontrollen zukünftig besser mit den amtlichen Kontrollen verzahnt werden müssen.

Die Verbesserung der **Abstimmung** von Eigenkontrollen und amtlicher Überwachung ist daher ein wichtiges Ziel der Bundesregierung.

Dabei leisten **private Qualitätssicherungssysteme** einen Beitrag zur Stärkung der betrieblichen Eigenkontrollen und erhöhen damit mittelbar auch die Effektivität der Arbeit der Überwachungsbehörden.

Damit ist aber auch eine weitere **Intensivierung von Qualitätssicherungsmaßnahmen** vorprogrammiert.

Der **Handel** und das **Ernährungsgewerbe** haben aufgrund dieser Entwicklung privatwirtschaftliche Qualitätssicherungssysteme schon länger flächendeckend eingeführt.

Zur eigenen **Absicherung von Produkthaftungsrisiken** und aufgrund der gesetzlichen Vorgaben fordert der Lebensmitteleinzelhandel von den **Lieferanten** eine lückenlose Rückverfolgbarkeit ihrer Produkte.

Wir brauchen daher auch auf der **Erzeugerebene** den Ausbau entsprechender Qualitätssicherungssysteme.

Integraler Bestandteil der Qualitätssicherung ist auch die **Futtermittelsicherheit**. Hierfür stellt die Futtermittelhygiene-Verordnung seit dem 1. Januar 2006 die Anforderungen an die Futtermittelunternehmer auf allen Stufen der Futtermittelkette fest.

Bürokratieabbau für kleine und mittelständische Unternehmen

Anrede,

lassen Sie mich an dieser Stelle auch ein Wort zum Thema **Bürokratieabbau** verlieren.

Wir haben in Deutschland eine große **Vielfalt** an guten und gesunden Lebensmitteln. Das liegt auch an der Vielfalt und der Kreativität der Bäcker, Fleischer, der Lebensmittelbetriebe jeder Art und Größe.

Diese Vielfalt ist nicht selbstverständlich. Im intensiven Wettbewerb um die Kunden im Lebensmitteleinzelhandel müssen **handwerkliche und regionale Lebensmittelunternehmen** bestehen können.

Die Anforderungen an die Lebensmittelsicherheit müssen für alle gleich sein. **Kleine und regionale Lebensmittelunternehmen** brauchen dafür **angepasste Vorkehrungen** für sichere Lebensmittel. Diese müssen sich trotz gleicher Sicherheitsziele von den Sicherheitskonzepten für große, industrielle Lebensmittelunternehmen **unterscheiden**.

Die EU-Gemeinschaft hat dies mit dem **neuen Hygienerecht** genau so vorgesehen.

Flexiblere Vorschriften ermöglichen das Arbeiten auf sicherer Grundlage auch für kleinere und mittlere Unternehmen.

Es kommt jetzt darauf an, dass auch die **Überwachungsbehörden** diese Spielräume durch die **flexible Anwendung** von Vorschriften nutzen. Nur dann lassen sich weniger Bürokratie und hohe Sicherheit von Lebensmitteln miteinander verbinden.

Mehr Transparenz und eine bessere Qualität in der Lebensmittelüberwachung

Anrede,

Deutschland hat ein hohes Niveau an Lebensmittelsicherheit erreicht. Wahr ist aber auch, dass wir uns auf den Erfolgen nicht ausruhen dürfen und noch vieles besser machen können.

Schwarze Schafe, entschuldigen Sie bitte den Ausdruck, gibt es immer wieder und überall, wie der Gammelfleischskandal zeigte.

Unsere aktuellen Probleme - und das haben unsere Analysen eindeutig ergeben – liegen vor allem auch im System der **Lebensmittelkontrolle**. Hier gibt es Schwächen, die dringend überwunden werden müssen. Wir brauchen **mehr Transparenz** und eine **bessere Qualität in der Überwachung**.

Dabei müssen wir uns über eines im Klaren sein: wir müssen nicht nur verloren gegangenes Terrain bei den Verbrauchern zurück erobern. Auch auf **europäischer Ebene** hat das **Ansehen der deutschen Lebensmittelüberwachung** Schaden genommen.

Deshalb ist es wenig hilfreich, wenn wir in der aktuellen Debatte mit dem Finger auf Brüssel zeigen.

Die Hausaufgaben müssen **wir** selber machen. Und wenn ich „wir“ sage, meine ich den Bund, vor allem aber auch die **Länder und Kommunen**, die für die Überwachung originär zuständig sind.

Der Bund ist mit den Ländern intensiv im **Gespräch**. Bei vielen Punkten sind wir gut vorangekommen, bei anderen Punkten sind wir noch nicht so weit.

Bundesminister Seehofer hat eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, wie wir den Problemen auf den Grund gehen können.

Das betrifft zum einen die Einführung von **Qualitätsmanagementsystemen** in der Überwachung.

Ein weiterer Punkt ist die **Kommunikation** zwischen Bund und Ländern. Der Bund hat die Errichtung eines **nationalen Frühwarnsystems Lebensmittelsicherheit** bei länderübergreifenden Ereignissen vorgeschlagen.

Die verschiedenen Vorkommnisse seit November 2005 im Zusammenhang mit überlagertem Fleisch haben deutlich gemacht, dass vielfach nicht sichere Lebensmittel **so lange angeboten werden**, bis sie schließlich und endlich einen Abnehmer finden.

Hier besteht zum Schutz der Verbraucher **Handlungsbedarf**.

Deshalb sollen **Lebensmittelunternehmer**, denen unsichere Lebensmittel angeboten werden und die diese zurückweisen, künftig die **Behörden darüber informieren**.

Hierzu sind die **gesetzgeberischen Vorarbeiten** eingeleitet.

Aktueller Stand beim Verbraucherinformationsgesetz

In diesem Zusammenhang möchte ich auch das **Verbraucherinformationsgesetz** erwähnen.

Das **Bundeskabinett** hat vor Ostern einem – inhaltlich ansonsten unveränderten - Gesetzentwurf zugestimmt, der die **Entscheidung des Bundespräsidenten** vom Dezember vergangenen Jahres berücksichtigt, das Gesetz wegen angeblich unzulässiger Nennung von Gemeinden und Gemeindeverbänden nicht auszufertigen.

Ich bin zuversichtlich, dass das Gesetzgebungsverfahren auch hierzu zügig abgeschlossen werden kann.

Politik für mündige und informierte Verbraucher

Anrede,

die Verbraucherpolitik der Bundesregierung orientiert sich am Leitbild des **mündigen und informierten Verbrauchers**. Dabei wollen wir die Bevormundung, aber auch **übermäßige Bürokratie** vermeiden.

Mündiges Verbraucherverhalten setzt allerdings voraus, dass Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzt werden, sich über die Qualität, die Inhaltsstoffe und Eigenschaften der angebotenen Waren zu informieren. Ich denke hier ganz konkret an Kennzeichnungsvorschriften, gesundheitsbezogene Angaben u. ä.

Ihr Verband hat an dieser Stelle oft vor **Überregulierung** und **Bürokratie** gewarnt. Diese Bedenken nehmen wir sehr ernst.

Deshalb schenken wir **freiwilligen Maßnahmen** besondere Aufmerksamkeit.

Allergenkennzeichnung loser Ware – Aktionsplan gegen Allergien

Beispielhaft nenne ich hier die **Allergenkennzeichnung loser Ware**.

Im Rahmen des vom BMELV erarbeiteten **Aktionsplans gegen Allergien**, mit dem Bundesminister Seehofer die Alltagssituation von Allergikern verbessern möchte, setzen wir auf die **konstruktive Zusammenarbeit mit der Wirtschaft**.

Deshalb wird Bundesminister Seehofer in Kürze **Gespräche** mit Vertretern der Wirtschaft, insbesondere auch mit dem BLL, zum Themenkomplex „**Verbesserung der Kennzeichnung loser Ware**“ führen.

Ziel ist es nicht, die Vorschriften für verpackte Ware 1 : 1 auf den handwerklichen Bereich zu übertragen, sondern gemeinsam mit Ihnen zu erörtern, **was unter den speziellen Bedingungen kleiner Unternehmen und handwerklicher Betriebe machbar** ist.

Unser Ziel ist es, **mit Ihnen zusammen** den Alltag von Allergikern zu verbessern. Gemeinsam werden wir das hoffentlich schaffen.

Wir setzen hier auf Ihre **Kooperation im Interesse des Schutzes der Allergiker** in Deutschland. Wir möchten Sie ermutigen, gemeinsam mit uns an der Umsetzung dieses Zieles zu arbeiten.

Lebensmittelsicherheit auf europäischer Ebene

Anrede,

die nationalen Bemühungen um mehr Lebensmittelsicherheit sind die eine Seite der Medaille. Eine andere sind unsere **Aktivitäten auf europäischer Ebene**.

Staatssekretär Gert Lindemann hat anlässlich des Neujahresempfanges ihres Verbandes am 2. Februar 2007 in Bonn hierzu bereits ausführlich berichtet.

Die von ihm skizzierten europäischen Vorhaben im Bereich Lebensmittel und Ernährung konnten unter **deutscher Präsidentschaft** weiter vorangetrieben werden:

Verordnungsvorschläge über Lebensmittelzusatzstoffe, -enzyme, -aromen und einheitliche Zulassungsverfahren auf gutem Weg

Zu den vier **Verordnungsvorschlägen über Lebensmittelzusatzstoffe, -enzyme und –aromen sowie ein einheitliches Zulassungsverfahren für diese Stoffe** wird eine Einigung im Europäischen Parlament in erster Lesung angestrebt.

Die Abstimmung im Europäischen Parlament ist für den Sommer vorgesehen. Nach derzeitigem Stand befinden sich die Verordnungen auf **gutem Weg**.

Die Beratungen auf der Ebene der Ratsarbeitsgruppen zum Paket der vier Verordnungsvorschläge sollen unter **deutscher Präsidentschaft** möglichst **abgeschlossen** werden.

Praktikable und gemeinschaftsweite Lösung für Cumarin angestrebt

Bezüglich der **Cumarin- Problematik** möchte ich unterstreichen, dass die Bundesregierung sich weiterhin für eine **praktikable und gemeinschaftsweite Lösung** einsetzt.

Es muss vermieden werden, dass sich die Situation vom letztjährigen Weihnachten noch einmal wiederholt. Wir nutzen die **deutsche Präsidentschaft** dazu, um in dieser Frage in Brüssel zu einer befriedigenden und für alle Seiten tragfähigen Lösung zu kommen.

Health Claims-Verordnung

In den vergangenen Jahren hat uns die europäische „**Health Claims-Verordnung**“ viel Stoff für Diskussionen gegeben.

Nun ist sie im Amtsblatt der EU veröffentlicht worden und gilt ab Juli diesen Jahres. Wir hoffen, dass diese Regelungen dazu beitragen, den **fairen Wettbewerb** im Lebensmittelsektor zu verbessern und mehr **Rechtssicherheit** für die Wirtschaftsakteure zu bieten.

Im Laufe der Verhandlungen konnten viele Verbesserungen erreicht werden - auch zu den **Nährwertprofilen**. Eine Streichung dieses Konzeptes war allerdings zu keinem Zeitpunkt durchsetzbar.

Auch möchte ich daran erinnern, dass mit der Verordnung **Innovationen im Lebensmittelbereich** unterstützt werden sollen.

Dazu gehört, dass ab Juli 2007 **Angaben bezüglich der Verringerung eines Krankheitsrisikos**, die bislang nach Gemeinschaftsrecht unzulässig waren, unter bestimmten Voraussetzungen verwendet werden dürfen.

Selbstverständlich dürfen auch die Interessen der Wirtschaft nicht vergessen werden. Das Stichwort **Praktikabilität** habe ich ja bereits erwähnt.

Von Anfang an hat sich die Bundesregierung in den langen und intensiven Beratungen in den Gremien des Rates dafür eingesetzt, dass die vorgesehenen europäischen Regelungen für nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben insgesamt praktikabel sind und nicht zu einem hohen **bürokratischen Aufwand** führen.

Auch hier müssen **kleine und mittlere Unternehmen** vor einem Übermaß an bürokratischen Lasten geschützt werden.

Die deutschen Vorschläge wurden aufgegriffen und haben dazu beigetragen, dass der von der Europäischen Kommission vorgelegte Verordnungsvorschlag **in wesentlichen Punkten verbessert** werden konnte.

Wir konnten beispielsweise erreichen, dass nun in dem Verordnungstext konkret gefasst ist, dass kleinere und mittlere Unternehmen **bei der Antragstellung** auf Zulassung von gesundheitsbezogenen Aussagen unterstützt werden sollen.

Weiterhin ist es gerade für kleine und mittlere Unternehmen eine erhebliche Erleichterung, dass nun bestimmte, wissenschaftlich belegte **gesundheitsbezogene Angaben** in eine Positivliste aufgenommen werden sollen.

Auf diese können alle Lebensmittelunternehmer zurückgreifen, ohne im Einzelfall wissenschaftliche Belege vorlegen zu müssen.

Auch die deutliche Verlängerung mehrerer **Übergangsfristen** dürfte von einigen Ihrer Mitglieder mit einer gewissen Erleichterung aufgenommen worden sein.

Ein zentraler Punkt im laufenden Jahr ist die Erstellung der Liste **bestimmter gesundheitsbezogener Angaben**, die nicht unter das Zulassungsverfahren fallen.

Wie Sie wissen, muss Deutschland – wie alle anderen Mitgliedstaaten – der Kommission eine **Positivliste** bis spätestens Januar 2008 vorlegen.

Das **Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)** hat die Koordination übernommen und steht im engen Kontakt - nicht zuletzt - mit Ihnen, dem BLL. Es soll eine möglichst umfassende Sammlung der in Deutschland relevanten Aussagen erstellt werden.

An dieser Stelle **danke ich dem BLL**, dass er hier so konstruktiv mit dem BVL zusammenarbeitet, um die notwendigen Fristen einhalten zu können.

Reform des allgemeinen Kennzeichnungsrechts und Signposting

Anrede,

ich hatte vorhin bereits den Aspekt des **Verbrauchervertrauens** angesprochen.

Wenn man über Verbrauchervertrauen spricht, kommt zwangsläufig auch die Frage der **Kennzeichnung** von Lebensmitteln ins Spiel.

Hier hat es in den vergangenen Monaten interessante Entwicklungen gegeben - angefangen bei der Diskussion über die Überarbeitung des **allgemeinen Kennzeichnungsrechts** bis hin zu den von Lebensmittelherstellern und Handelsunternehmen in Europa verwendeten **Signposting-Systemen**.

Was diese Systeme angeht, möchte ich das wiederholen, was Staatssekretär Gerd Lindemann bereits anlässlich Ihres Neujahrsempfanges zum Ausdruck gebracht hat:

Es ist von Seiten der **Bundesregierung** nicht beabsichtigt, solche Systeme in Deutschland durch Rechtsvorschriften vorzuschreiben oder auf EU-Ebene voranzutreiben. Wir haben uns entschlossen, **zunächst einen fachlichen Diskurs** zu diesem Thema mit allen beteiligten Gruppen zu führen.

Bei einer **Überarbeitung des allgemeinen Kennzeichnungsrechts** müssen wir uns immer wieder eines vor Augen halten:

Für die Verbraucherinnen und Verbraucher ist das **Etikett** nach wie vor die wichtigste Informationsquelle.

Die heute **zwingend vorgeschriebenen Angaben** müssen daher auch künftig auf dem Etikett stehen.

Der Schwerpunkt einer **Verbesserung** des Kennzeichnungsrechts sollte darauf gelegt werden, dass die mit dem Etikett vermittelten **Informationen klar, übersichtlich und vor allem gut lesbar** präsentiert werden.

Wenn man sich so manche Etikette anschaut, gibt es hier doch einigen Verbesserungsbedarf.

Bei allen Überlegungen zur Änderung der Kennzeichnungsregeln werden wir darauf achten, dass die Interessen **kleiner und mittlerer Unternehmen** berücksichtigt werden. Wenn es hier besondere Probleme gibt, müssen die gelöst werden.

3. Ernährung und Bewegung

Anrede,

lassen Sie mich an dieser Stelle zum Thema Ernährung und Bewegung kommen.

Sie haben mich gebeten, hierüber zu sprechen. Ich tue das gern, denn das Thema liegt mir sehr am Herzen.

Prävention von Übergewicht ist Zukunftsfrage

Viele von Ihnen kennen die Zahlen. Sie sind alarmierend:

Rund **34 Millionen Erwachsene und fast 2 Millionen Kinder und Jugendliche** sind in Deutschland **übergewichtig**.

Trotz intensiver Informations- und Aufklärungsarbeit konnte der **Trend zur Zunahme von Übergewicht** bisher nicht gestoppt werden.

Besonders beunruhigend ist, dass vor allem **immer mehr Kinder** übergewichtig sind. Sie sind besonders gefährdet, bereits in jungen Jahren an Krankheiten zu leiden, die das ganze Leben beeinflussen können: **Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, schwere Schädigungen des Knochenbaus und der Gelenke**.

Diese Zahlen sind nicht neu. Im Gegenteil: Sie sind in aller Munde. Tatsache ist aber auch, dass wir **eine neue Ernsthaftigkeit** brauchen, mit diesem Thema umzugehen.

Wir reden hier nicht über ein Lifestylethema. Es geht um die **Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme** und um die **Sicherung unseres Wohlstands!**

Lassen Sie mich eine einfache Rechnung aufstellen:

Schon heute verursachen die Folgen ernährungsmitbedingter Krankheiten Kosten in Höhe von **schätzungsweise 70 Milliarden Euro**.

Alleine die Kosten für die Behandlung **von Diabetes** belaufen sich auf ca. 30 Milliarden Euro. Dabei ist die Hauptursache für die Entstehung von Diabetes Typ 2 längst erkannt: **falsche Ernährung und zu wenig Bewegung**.

Wenn wir heute nicht die Weichen zur Prävention dieser Krankheiten stellen, dann werden es in einigen Jahren nicht mehr **70 Milliarden, sondern vielleicht 90 oder 100 Milliarden sein**. Das können wir nicht zulassen.

Deshalb müssen wir effektive Maßnahmen ergreifen, die sich in eine **Gesamtstrategie** eingliedern. Wir müssen unser Land fit machen für die Rahmenbedingungen und die Bedürfnisse, die das moderne Leben mit sich bringt! Es geht um ein **strukturelles Umdenken**.

Dort wo sich Menschen regelmäßig längere Zeit aufhalten, wie Erwachsene am Arbeitsplatz oder Kinder und Jugendliche in Kitas und Schulen, müssen gesunde Ernährung und ausreichend Bewegung eine **Selbstverständlichkeit** sein!

Vor allem in **Schulen** muss **Ernährungswissen** von entsprechenden **Angeboten und Strukturen** flankiert werden.

Es nützt wenig, wenn beispielsweise Schülerinnen und Schüler lernen, fünf Mal am Tag Obst und Gemüse zu essen, das Angebot in Schulkantinen und Schulkiosken aber ganz anders aussieht.

Die Qualität der **Gemeinschaftsverpflegung** lässt häufig zu wünschen übrig. Das gilt übrigens nicht nur für Schulen und Kindertageseinrichtungen, sondern auch für viele Betriebskantinen.

Hier spielt die **Kostensituation** natürlich eine Rolle. In vielen Fällen fehlt den Anbietern aber auch das notwendige **Know-How**, gesunde und schmackhafte Mahlzeiten in Großküchen herzustellen.

Um das Angebot in der Gemeinschaftsverpflegung zu verbessern, haben wir deshalb die **Deutsche Gesellschaft für Ernährung** beauftragt, **Qualitätskriterien** für Kindertageseinrichtungen und Schulen zu entwickeln.

Diese Qualitätskriterien werden in Abstimmung mit den Bundesländern allen Kindergarten- und Schulträgern kostenlos zur Verfügung gestellt und von einem Einführungsprozess begleitet.

Die Finnen haben in ihrer Ratspräsidentschaft die Forderung formuliert: **„Health in all Policies“** – „Gesundheit in allen Politikfeldern“.

Uns geht das nicht weit genug. Wir brauchen ein Mitdenken von **Gesundheitszielen in allen Lebenslagen**:

- vom Arbeitsplatz bis zum Spiel- und Sportplatz,
- von der Werbung für Lebensmittel bis zum Verpflegungsangebot in der Schulkantine,
- vom Chefsessel im Management bis zur Kommunalverwaltung und
- vom Lehrstuhl in der Uni bis zur Werkbank.

Wenn wir das erreichen wollen, dann braucht es eine **gesamtgesellschaftliche Anstrengung** auf allen Ebenen.

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Anrede,

unter deutscher Ratspräsidentschaft haben wir uns zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern aller 27 EU- Mitgliedstaaten, der WHO und Europäischen Kommission in der **Badenweiler Erklärung** im Februar 2007 **ehrzeigige Ziele** gesetzt:

- Wir wollen, dass **10% mehr** Menschen bis 2010 eine **halbe Stunde am Tag körperlich aktiv** sind.
- Wir wollen, dass **20% mehr** Menschen bis 2010 **täglich 5 Portionen Obst und Gemüse** essen und
- wir wollen, dass **30% mehr** Einrichtungen der **Gemeinschaftsverpflegung** bis 2010 gesunde Mahlzeiten anbieten.

Wenn wir das erreichen, dann können wir bis **2020** die Zunahme von **Übergewicht bei Kindern stoppen** und die **Zahl übergewichtiger Menschen in Europa verringern**.

Nationale Gesamtstrategie: Der Aktionsplan Ernährung und Bewegung

Auf nationaler Ebene werden wir **zusammen mit der Bundesgesundheitsministerin** einen **Nationalen Aktionsplan zur Prävention von Übergewicht** initiieren. Dies gemeinsam und in Abstimmung mit allen Bundesressorts zu tun, ist ein starkes Signal der Bundesregierung.

Der Bundesminister wird am 10. Mai in einer **Regierungserklärung** ein gemeinsames **Eckpunktepapier** vorstellen. Es bildet die Grundlage für die Erarbeitung des Nationalen Aktionsplans. Darin werden **Handlungsfelder und Akteure** für eine Strategie zur Übergewichtsprävention benannt.

Die **zentralen Handlungsfelder** des Eckpunktepapiers sind:

- eine Stärkung von **Ernährungsbewusstsein** und **Selbstverantwortung**,
- eine Förderung der **Ernährungsinformation und -bildung** in Kitas, Schulen und am Arbeitsplatz,
- mehr **Bewegung** und mehr **Sport**,
- Qualitätsstandards und Zertifizierung von **Gemeinschaftsverpflegung** in Schulen, Kindergärten und Betrieben,
- Verbesserung der **Ernährung von sozial benachteiligten Menschen** und
- eine Stärkung der Ernährungsforschung.

Wir wollen eine **bessere Einbindung der Familie** in die Ernährungsbildung. Und wir wollen eine **Verbesserung der Ernährungs- und Bewegungssituation im Arbeitsalltag**.

Dazu **brauchen wir Sie**, die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Personal- und Aufsichtsräte. Wir können uns vorstellen, eine **groß angelegte Kampagne mit der Wirtschaft** zur Förderung des gesunden Arbeitsplatzes zu starten.

Die **Lebensmittelwirtschaft** unter dem **Dach des BLL** könnte hier eine Vorreiterrolle spielen. Ich möchte Sie schon jetzt bitten, uns in diesem Vorhaben zu unterstützen.

Wir verfolgen das **Ziel**, mit dem Aktionsplan eine **Gesamtstrategie der Bundesregierung** im Bereich Ernährung und Bewegung ins Leben zu rufen, die alle Einflussfaktoren berücksichtigt und der Gesamtproblematik gerecht wird.

Denn Prävention durch Ernährung und Bewegung umfasst nicht nur Fragen der Gesundheitspolitik und Ernährungspolitik, sondern auch Fragen der Bildungspolitik, der Integrationspolitik etc.

Wir wollen mit dem Aktionsplan Ernährung das Ziel erreichen, in Deutschland eine **Selbstverständlichkeit für Gesundheit** zu schaffen.

Für den Aktionsplan selbst brauchen wir daher **Unterstützung** von allen Seiten und werden zahlreiche weitere **Akteure** ansprechen und in die Erarbeitung einbeziehen:

- Wir wollen die **Länder und Kommunen** einbeziehen.
- Wir brauchen **Wirtschaft, Wissenschaft, Verbände und Organisationen**, um einen großen gesellschaftlichen Aufbruch zu organisieren. Ich möchte ausdrücklich die Wirtschaft bitten, zum Beispiel in der Funktion als Arbeitgeber, ihre Verantwortung wahrzunehmen.
- Und natürlich ist uns auch die **Plattform Ernährung und Bewegung e.V. (peb)** dabei ein wichtiger Partner.

Um in der Prävention von Übergewicht erfolgreich zu sein, brauchen wir eine **zielgerichtete nationale Strategie** – dazu bedarf es **einer klaren Linie** und einer **klaren Sprache**.

Dazu gehört es auch, die **Probleme** beim Namen zu nennen.

Neben zu langen Fernsehzeiten und einem generellen Bewegungsmangel sind vor allem **kalorienreiche Getränke, energiedichtes Essen** und **große Portionsgrößen** bei vielen Kindern und Jugendlichen die Wegbereiter zum Übergewicht.

Wir wollen in Deutschland **keinen Feldzug gegen Zucker oder Fett** führen.

Wir wollen vielmehr einen **vernünftigen Umgang** mit allen Lebensmittelgruppen im Rahmen einer ausgewogenen Ernährung und einen gesundheitsförderlichen Lebensstil erreichen.

Dirigistische Maßnahmen, die beispielsweise durch Einflussnahme auf die **Lebensmittelzusammensetzung** oder eine **bürokratische Ausdehnung von Lebensmittelkennzeichnung** per Verordnung setzen, helfen uns angesichts des Ursachengeflechts bei Übergewicht nicht weiter.

Gerade deshalb liegt uns auch die Plattform Ernährung und Bewegung so sehr am Herzen. peb verfolgt einen **nachhaltigen und ursachengerechten Ansatz**.

Die Plattform hat sich als **Netzwerk** von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft **klare Ziele** gesetzt hat: die Förderung des gesunden Lebensstils, die Reduzierung von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen, die Aufklärung über den Gewinn an Lebensfreude und Lebensqualität durch gesunde und ausgewogene Ernährung sowie viel Bewegung.

Der **Netzwerkgedanke** hebt peb von den zahlreichen Initiativen in Deutschland ab. Zudem verbirgt sich in dieser beispiellosen Kooperation die Idee, die Themen Ernährung und Bewegung als **Gemeinschaftsaufgabe** zu begreifen und entsprechend wirksam anzugehen. Diese Idee wollen wir fortführen!

Mir persönlich ist dabei ganz wichtig – und dies ist auch einer der Gründe, **warum ich mit großer Freude zukünftig im Vorstand von peb mitarbeiten werde** – dass die **Politik** sich aus der Vernetzung nicht zurückziehen darf.

Bisher engagieren sich lediglich ein Bundesministerium und zwei Bundesländer aktiv bei peb. Hier müssen wir etwas bewegen. Mein Ziel ist es, **andere entscheidende Bundesressorts** für ein Engagement bei peb zu begeistern und zu gewinnen.

Zudem habe ich mir vorgenommen, neben **Bayern** und **Nordrhein-Westfalen** zahlreiche andere Bundesländer zu motivieren, peb zu unterstützen. peb leidet aus meiner Sicht noch immer an der noch nicht ausreichenden Unterstützung der Politik. Hier können und wollen wir etwas bewegen!

4. Schluss

Anrede,

auch wenn wir dabei sind, das Problem Übergewicht aus der „**privaten Ecke**“ heraus zu holen, wollen wir den Menschen nun umgekehrt aber auch nicht vorschreiben, was sie essen dürfen und was nicht. Und ganz gewiss wollen wir Ihnen nicht die Freude am Essen und Trinken vergällen.

Ein gesunder Lebensstil soll Spaß machen! Lebensfreude und Leistungsfähigkeit sollen wachsen! Das kommt jedem privat und der Gesellschaft im Ganzen zugute.

Wir können und wollen den Menschen nicht die Verantwortung für ihren Lebensstil abnehmen. Aber das **Bewusstsein für die eigene Gesundheit und die Vorsorge** – die wollen wir stärken.

Gesundes Leben soll und muss in Deutschland einfacher werden. Hierbei, da bin ich ganz sicher, **steht auch ihre Branche an unserer Seite.**

„Mit der Wirtschaft für die Verbraucher“ – lassen Sie uns in diesem Sinne weiter zusammenarbeiten.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen einen guten weiteren Verlauf der Jahrestagung 2007.